



## **Beschluss der Bundesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands am 17. November 2018 in Koblenz**

### **DigitalPakt Schule ohne Eingriff in die Selbstverwaltung**

„Mit dem DigitalPakt Schule wollen Bund und Länder für eine bessere Ausstattung der Schulen mit digitaler Technik sorgen. Um das Ziel zu erreichen, verständigten sie sich darauf, dass der Bund bis September 2018 auf der Grundlage des gemeinsam entwickelten Eckpunkteentwurfs einen Textvorschlag für die Bund-Länder-Vereinbarung für den DigitalPakt vorlegt. Das gemeinsame Ziel ist es, bis Ende 2018 ein von beiden Seiten akzeptiertes und unterschriftsreifes Vertragswerk zu entwickeln. Gleichzeitig bekräftigten beide Seiten noch einmal ihre Absicht, bis Ende 2018 die grundgesetzlichen Voraussetzungen für den DigitalPakt zu schaffen.

Bis Ende 2018 wollen Bund und Länder auch die letzten offenen Fragen rund um die genauere Finanzierung des DigitalPaktes klären.“, so das BMBF.

In der Regel sind die Kommunen die Schulträger und zuständig für die Ausstattung der Schulen und die Unterhaltung. Der DigitalPakt kann die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen. Die KPV warnt allerdings vor der weiteren Vermischung von Zuständigkeiten und Verantwortung im föderalen Aufbau unseres Staates. Der DigitalPakt darf nicht zum „Goldenen Zügel“ werden, mit dem Bedarf geweckt wird, Erstinvestitionen getätigt werden, aber keine nachhaltige Finanzierung verabredet wird, die Folge- und Unterhaltungskosten gewährleistet. Die Vermischung von Zuständigkeiten allerdings leistet Populismus und Verantwortungslosigkeit Vorschub, dies gilt es zu verhindern.

Die KPV sieht im Verbot des Bundesdurchgriffs auf die Kommunen den schärfsten Schutz vor der Übertragung neuer Aufgaben ohne ausreichende Finanzierung. Die Änderung des Grundgesetzes Art. 104c, mit der alle Kommunen von Investitionen des Bundes profitieren, ist nur der zweit beste Weg, um Bildungsinfrastruktur vor Ort zu fördern. Für die KPV wäre ein Staatsvertrag mit klaren Verpflichtungen der Länder, Mittel des Bundes an die Kommunen 1 zu 1 weiterzuleiten, der bessere Weg. In jedem Falle muss es ein abgestimmtes Vorgehen zwischen Bund und Ländern geben und sichergestellt werden, dass Bundesmittel nicht einfach Landesprogramme ersetzen, sondern zusätzlich in die Bildungsinfrastruktur investiert wird.

Falls der Bund finanzielle Mittel den Kommunen bereitstellen möchte, kann er über den kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer zielgenau die Kommunen stärken und mit den Ländern (als Kommunalaufsicht) die Verwendung der Mittel sicher vereinbaren.

Bei der Änderung des Grundgesetzes im Deutschen Bundestag muss in den Verhandlungen zur Erlangung der notwendigen 2/3 Mehrheit der zusätzlichen Gefahr, dass der Bundesdurchgriff auf die Kommunen ausgebaut wird ohne dass nachhaltige Regeln der Konnexität eingeführt werden, vorgebeugt werden. Dies gilt in gleichem Maße für die nachfolgende Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern. Wir fordern, dass die Verwaltungsvereinbarung unter Mitwirkung und nur bei Zustimmung der Kommunen durch den Bund unterzeichnet wird. Dabei müssen sich die Länder verpflichten nicht nur den Eigenanteil vollständig zu übernehmen, sondern auch die Folgekosten der

Kommunen. Auch Umwege zur Entnahme der Mittel aus den kommunalen Finanzausgleichen oder Bedarfsplänen durch die Länder müssen verhindert werden.

Der Bund hat erkannt, dass die Voraussetzung der Digitalisierung in den Schulen eine funktionierende moderne Breitbandinfrastruktur ist. Weil eine rein auf Gewinnmaximierung ausgerichtete Unternehmenspolitik im liberalisierten Telekommunikationsmarkt eine flächendeckende Breitbandversorgung bisher nicht sichergestellt hat, ist es richtig, mit den staatlichen Förderinstrumenten (BMVI) schneller bessere Ergebnisse zu erzielen. Die KPV begrüßt, dass in den nächsten drei Jahren alle Schulen - ob auf dem Land oder in der Stadt - mit Glasfaseranschlüssen ausgestattet werden sollen. Nur so kann mit dem DigitalPakt auch in den Schulen in Deutschland konkretes modernes digitalunterstütztes Lernen stattfinden.